

ANLAGE A

ALLGEMEINE BIETERINFORMATION, BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

Europaweite Ausschreibung
der Stadt Königsbrunn
der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung
Maßnahmen-/Identnummer: 03826-22

INHALT

Teil 1	Beschaffungsgegenstand	3
A.	Auftraggeber	3
B.	Leistungsbeschreibung	3
C.	Umfang der Vergabeunterlagen	4
Teil 2	Allgemeine Verfahrensinformation und Bewerbungsbedingungen	5
A.	Verfahrensart	5
B.	Nutzung der Vergabeplattform	5
C.	Überblick über den Ablauf des Verfahrens	5
D.	Teilnahmewettbewerb	7
I.	Regelungen des Teilnahmewettbewerbs	7
II.	Aufforderung zur Abgabe des Teilnahmeantrags	10
E.	Angebots- und Verhandlungsphase	11
I.	Indikative Erstangebote	11
II.	Endgültiges verbindliches Angebot	13
F.	Weitere Allgemeine Verfahrensinformationen	14
I.	Eignungs- und Zuschlagskriterien	14
II.	Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Auskünfte, Bieterfragen	14
Teil 3	Checkliste Einzureichender Unterlagen	16

TEIL 1 BESCHAFFUNGSGEGENSTAND

A. Auftraggeber

Auftraggeber ist die

Stadt Königsbrunn
Marktplatz 7
86343 Königsbrunn,

vertreten durch den 1. Bürgermeister Franz Feigl

B. Leistungsbeschreibung



ZIEL

Ziel ist die Beauftragung eines externen Dienstleisters/Unternehmens mit Betriebsführung, Wartung und Instandhaltung der oberirdischen Straßenbeleuchtungsanlagen der Stadt Königsbrunn im Gemeindegebiet ab dem 01.01.2027.

Eine Aufteilung in Lose findet nicht statt.

Details der zu erbringenden Leistungen können der **ANLAGE Eo1 (Leistungsverzeichnis Betriebsführung StrBel KÖB)** sowie dem Vertrag StrBel Betrieb und Instandhaltung KÖB (**ANLAGE Fo1**) entnommen werden.

Die Inhalte einer ggf. erforderlichen „Schaltvereinbarung“ zwischen der Stadt und dem Netzbetreiber des Stromnetzes (LVN) (vgl. u.a. § 8 Abs. 4 des Vertrags (ANLAGE Fo1)) können – abhängig vom obsiegenden Bieter - erst im Nachgang zur Zuschlagserteilung im Innenverhältnis Stadt – LVN abgestimmt und zur Verfügung gestellt werden.

C. Umfang der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen bestehen aus:

Anlage A

- ▶ A Allgemeine Bieterinformation, Bewerbungsbedingungen (dieses Dokument)

Anlagen B

- ▶ B01 Eignungskriterien
- ▶ B02 Zuschlags-/Wertungskriterien
- ▶ B03 Information nach DS-GVO
- ▶ B04 Datenschutzrechtliche Vorgaben BBH

Anlagen C

- ▶ C01 Vorblatt zum Teilnahmeantrag
- ▶ C02 Formblatt Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung
- ▶ C02a) Allg. Angaben zu den Mitgliedern der Bietergemeinschaft
- ▶ C03 Formblatt Eignungsleihe
- ▶ C04 Formblatt Verpflichtungserklärung Eignungsleihe
- ▶ C05 Formblatt Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussstatbeständen
- ▶ C06 Formblatt Eigenerklärung Einhaltung EU-Sanktionen ggü. Russland
- ▶ C07 Formblatt Umsätze
- ▶ C08 Formblatt Eigenerklärung Versicherungsschutz
- ▶ C09 Formblatt Eigenerklärung Referenzen
- ▶ C10 Formblatt Eigenerklärung Personalausstattung
- ▶ C11 Formblatt Eigenerklärung MILOG KÖB

Anlagen D

- ▶ D01 Entwurf Angebotsaufforderung
- ▶ D02 Vorblatt zum Angebot
- ▶ D03 Formblatt Preisblatt
- ▶ D04 Änderungsvorschläge
- ▶ D05 Formblatt Nachunternehmer
- ▶ D06 Formblatt Verpflichtungserklärung Nachunternehmer

Anlagen E

- ▶ E01 Leistungsverzeichnis Betriebsführung StrBel
- ▶ E02 Eigentumsgrenzen und Zuständigkeit im Straßenbeleuchtungssystem
- ▶ E03 Brennstellenliste Königsbrunn (Stand 21.07.2025)

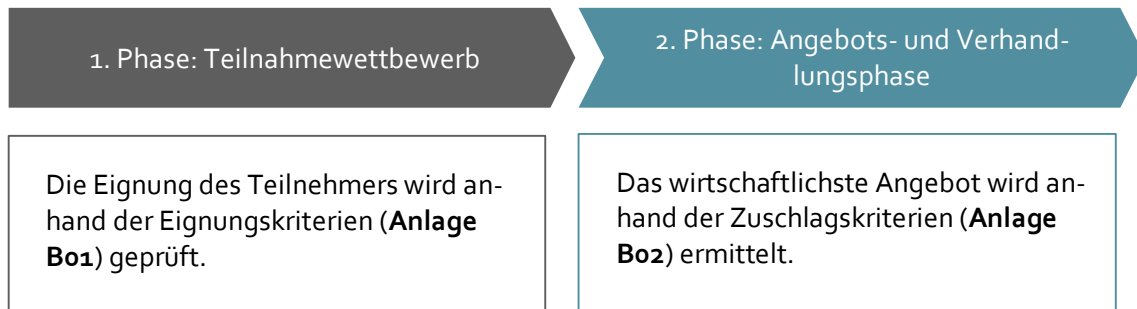
Anlagen F

- ▶ F01 Vertrag StrBel Betrieb und Instandhaltung 2027

TEIL 2 ALLGEMEINE VERFAHRENSINFORMATION UND BEWERBUNGSBEDINGUNGEN

A. Verfahrensart

Das vorliegende Verfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 119 Abs. 1 GWB i.V. mit § 17 VgV durchgeführt. Das Verfahren ist zweistufig und gliedert sich somit in folgende zwei Phasen:



B. Nutzung der Vergabeplattform

Das Vergabeverfahren wird elektronisch über das Vergabeportal DTVP – Deutsches Vergabeportal abgewickelt.

Die Vergabe- und Vertragsunterlagen können ohne vorherige Registrierung bzw. Anmeldung auf dem Vergabeportal DTVP – Deutsches Vergabeportal heruntergeladen werden.

Änderungen und Antworten auf Bieterfragen sowie sonstige Informationen werden den Teilnehmern und Bietern über die Vergabeplattform mitgeteilt. Über den Eingang der Mitteilung erhalten die registrierten und angemeldeten Teilnehmer und Bieter eine automatische Benachrichtigung durch die Vergabeplattform. Die Teilnehmer und Bieter sind dennoch in der Pflicht, sich selbstständig und unaufgefordert über Änderungen und Antworten auf Bieterfragen oder neue Informationen auf der Vergabeplattform zu informieren.

Im Falle von technischen Schwierigkeiten sind die Teilnehmer/Bieter gehalten, den Support des Vergabeportales DTVP – Deutsches Vergabeportal über die für Teilnehmer/Bieter zur Verfügung stehende Hotline in Anspruch zu nehmen.

C. Überblick über den Ablauf des Verfahrens

Zur einfacheren Orientierung wird im Folgenden ein Überblick über den Ablauf des Verfahrens dargestellt:

1) Phase 1: Teilnahmewettbewerb

- Die Einleitung des Verfahrens erfolgt mit der Veröffentlichung der europaweiten Bekanntmachung zur Auftragsvergabe und Bereitstellung der Vergabeunterlagen. Mit der Auftragsbekanntmachung fordert der Auftraggeber alle am Auftrag interessierten Unternehmen auf, einen Teilnahmeantrag einzureichen (Aufruf zum Teilnahmewettbewerb)
-
- Sofern die interessierten Teilnehmer Fragen zu den Unterlagen, dem Auftragsgegenstand oder dem Verfahren haben, können sie bis 9 Kalendertage vor dem Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge über die Vergabepattform Auskünfte erbitten
-
- Schlusstermin für den Eingang der (elektronisch einzureichenden) Teilnahmeanträge; mit dem Teilnahmeantrag übermitteln die Teilnehmer die vom öffentlichen Auftraggeber geforderten Informationen und Unterlagen für die Prüfung ihrer Eignung
-
- Prüfung und Auswertung der Teilnahmeanträge entsprechend der in der Bekanntmachung aufgestellten Anforderungen. Sofern Nachforderungen erforderlich und zulässig sind, entscheidet der Auftraggeber über die Durchführung von Nachforderung nach pflichtgemäßem Ermessen (Ende Teilnahmewettbewerb)
-

2) Phase 2: Angebots- und Verhandlungsphase

- Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Erstangebots (Anfang Angebotsphase)
-
- Schlusstermin für den Eingang der (elektronisch einzureichenden) indikativen Erstangebote (mind. 30 Tage)
-
- Verhandlungsgespräche, Angebotspräsentation, ggfs. Aufklärungen
-
- Ggf. Konsolidierung der Vergabeunterlagen unter Berücksichtigung der Verhandlungsergebnisse
-
- Aufforderung zur Abgabe (elektronisch einzureichender) verbindlicher Folgeangebote (mind. 30Tage)
-
- Prüfung der verbindlichen Angebote; ggf. Nachforderungen
-

- Wertung verbindlicher Folgeangebote und Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes

-
- Informationsschreiben; Absageschreiben an unterlegene Bieter (§ 134 GWB)
-

- Zuschlagserteilung und Ende des Verfahrens

Der Ablauf soll lediglich eine vorläufige Orientierung für den Verfahrensablauf bieten. Termine werden im Laufe des Verfahrens aktualisiert.

Der Auftraggeber behält sich Änderungen am Verfahren vor.

D. Teilnahmewettbewerb

I. Regelungen des Teilnahmewettbewerbs

Die nachfolgenden Regelungen gelten nur für den Teilnahmewettbewerb.

1. Inhalt des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag besteht aus dem Vorblatt zum Teilnahmeantrag (**Anlage Co1**), den in Anlage Co1 dargestellten Formblättern sowie den in der Auftragsbekanntmachung und der Allgemeinen Bewerber- und Bieterinformation (**Anlage A**, dieses Dokument) geforderten Erklärungen und Nachweisen.

2. Form des Teilnahmeantrags

Die Teilnahmeanträge sind ausschließlich **elektronisch in Textform** über das Vergabeportal [DTVP – Deutsches Vergabeportal](#) innerhalb der in der Auftragsbekanntmachung benannten Frist im jeweiligen Projektraum einzureichen.

Unverschlüsselt eingereichte Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt, §§ 10 bis 12 VgV. Eine Einreichung des Teilnahmeantrages per E-Mail oder auf dem Postweg ist nicht formwahrend.

3. Eignung

Die Anforderung an die Eignung sind in **Anlage Bo1** dargestellt.

Bewerber / Bieter verwenden als vorläufigen Nachweis der Eignung die von der Vergabestelle vorgegebenen Unterlagen/Formblätter gemäß **Anlage Co1**, ggf. ergänzt durch geforderte auftragspezifische Erklärungen. Bei Bewerbergemeinschaften gilt dies für alle Mitglieder.

Alternativ zur Vorlage der einzelnen geforderten Eignungsnachweise und Erklärungen durch die Teilnehmer oder im Fall einer Eignungsleihe ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (im Folgenden: EEE) gem. Art. 59 der Richtlinie 2014/24/EU oder ein Auszug aus der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich der DIHK zulässig. Das Formular zur EEE ist online abrufbar unter: https://single-market-economy.ec.europa.eu/single-market/public-procurement/digital-procurement/european-single-procurement-document-and-ecertis_en?lang=de

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWK) hat einen Leitfaden für das Ausfüllen der EEE erstellt. Der Leitfaden erläutert Funktion, Inhalt und Handhabung der elektronischen EEE und die einzelnen Abschnitte des Online-Formulars und ist hier abrufbar: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/J-L/leitfaden-einheitlichen-europaeischen-eigenerklaerung.html>

Teilnehmer werden darauf hingewiesen, dass EEE und die Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich nur diejenigen Eignungsanforderungen abdecken, die bei der EEE im Allgemeinen abgefragt werden, sowie in der Präqualifizierungsdatenbank hinterlegt sind. Besondere Eignungsanforderungen/-nachweise, die die EEE und die Präqualifizierungsdatenbank nicht abdecken und im Rahmen dieser Ausschreibung verlangt werden, hat der Teilnehmer eigenverantwortlich zu ermitteln und mit seinem Teilnahmeantrag fristgemäß einzureichen. Fehlende Nachweise können zum Ausschluss des Teilnahmeantrages führen.

Bewerber/Bewerbergemeinschaften, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, haben die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in den allgemeinen Bewerbungsbedingungen genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen in der von der Vergabestelle geforderten Frist zu belegen.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in den allgemeinen Bewerbungsbedingungen bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

4. Eignungsleihe

Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so müssen mit dem Teilnahmeantrag die Formblätter **Anlage Co3, Anlage Co4, Anlage Co5, Anlage Co6 und Anlage C11** vorgelegt werden.

Der Bewerber hat nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Fähigkeiten (Mittel, Kapazitäten) der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen (**Anlage Co4**) und diese Unternehmen geeignet sind.

Das sich verpflichtende Unternehmen (Eignungsleiher) hat zum Nachweis der Eignung das Nichtvorliegen von Ausschlussgründungen (**Anlage Co5, Anlage Co6**) sowie die Einhaltung der Zahlung des Mindestlohns (**Anlage C11**) zu erklären sowie die jeweiligen Eigenerklärungen bzw. Einzelnachweise der Eignung zu erbringen.

Ein Bewerber oder Bieter kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

Nimmt der Bewerber in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese Unternehmen in dem Umfang, in dem ihre Kapazitäten in Anspruch genommen werden, gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig der Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen abzugeben.

5. Bewerber-/Bietergemeinschaft

Bei der Bewerbung von Bewerber-/Bietergemeinschaften haben diese gemeinsam mit ihrem Teilnahmeantrag eine Aufstellung der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaften mit Bezeichnung des bevollmächtigten Vertreters sowie einer von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung einzureichen, dass der bevollmächtigte Vertreter die im Verzeichnis ausgeführten Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften (**Anlage Co2**).

Weiterhin muss aus der Erklärung hervorgehen, welche Personen die vertretungsberechtigten Ansprechpartner in diesem Vergabeverfahren sowie ggf. in der späteren Vertragsabwicklung sind.

Ist eine Bewerber-/Bietergemeinschaft beabsichtigt, ist mit dem Teilnahmeantrag die **Anlage Co2** Formblatt Bewerber-/Bietergemeinschaft und die **Anlage Co2a** – Allg. Angaben zu den Mitgliedern der Bewerber-/Bietergemeinschaft vorzulegen. Zusätzlich sind von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft die in **Anlage Bo1** geforderten Eignungskriterien durch Vorlage der darin bezeichneten Formblätter und Nachweise/Bescheinigungen vorzulegen.

6. Einhaltung MILOG als Auftragsausführungsbedingung

Die Eigenerklärung MILOG KÖB (**Anlage C11**) ist als Auftragsausführungsbedingung durch alle Bieter sowie deren Unterauftragnehmer/Eignungsleiher verbindlich zu erklären und einzuhalten.

7. Öffnung der Teilnahmeanträge

Nach Ablauf der Teilnahmefrist wird der Auftraggeber die Teilnahmeanträge öffnen. Die Öffnung des Teilnahmeantrags findet ohne die Teilnehmer statt.

8. Prüfung des Teilnahmeantrags

Der Auftraggeber wird zunächst prüfen, ob die Teilnahmeanträge rechtzeitig, formgerecht und vollständig eingegangen sind.

Dann wird geprüft, welche Teilnehmer grundsätzlich die Eignungsanforderungen (**Anlage B01**) anhand der nach der Bekanntmachung erforderlichen Unterlagen erfüllt.

Sämtliche Teilnehmer, die aus formalen Gründen nicht genügen, werden (ggf. nach entsprechender Nachforderung) mangels Eignung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

II. Aufforderung zur Abgabe des Teilnahmeantrags

Wir fordern Sie mit dieser Vergabeunterlage auf, Ihren Teilnahmeantrag bis spätestens zum

16.06.2026, 10:00 Uhr

elektronisch einschließlich aller vorgesehenen Anlagen über die Vergabeplattform dtvp zu übermitteln.

Der Teilnahmeantrag (**Anlage C01**) ist in deutscher Sprache abzufassen. Anträge in anderer Sprache werden ausgeschlossen.

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Sollten bei der Vergabestelle Zweifel an der Übersetzung bestehen, hat der Bewerber auf Nachfrage der Vergabestelle eine beglaubigte Übersetzung vorzulegen; legt der Bewerber die beglaubigte Übersetzung nicht innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist vor, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

Es gelten die Anforderungen an die verwendeten elektronischen Mittel gemäß § 10 VgV.

Der Teilnahmeantrag muss eindeutig, verständlich, plausibel und glaubwürdig die Erfüllung der Anforderungen darlegen. Im Hinblick auf die Prüfung der Teilnahmeanträge sollen sich die Inhalte an der in den Vergabeunterlagen getroffenen Struktur orientieren.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind nicht zulässig.

Der Teilnahmeantrag ist in der von der Vergabestelle angegebenen Teilnahmefrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichter Teilnahmeantrag wird ausgeschlossen.

Die Durchführung von Nachforderungen liegt im Ermessen des Auftraggebers, § 56 Abs. 2 VgV.

Angaben und Nachweise, die von der Vergabestelle nach Ablauf der Teilnahmefrist verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt über die Vergabepattform einzureichen. Werden die Angaben und Nachweise nicht vollständig fristgerecht vorgelegt, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen.

E. Angebots- und Verhandlungsphase

Die nachfolgenden Regelungen gelten nur für das Angebots- und Verhandlungsverfahren. Für den Teilnahmewettbewerb sind sie rein informativ; insbesondere sind keine der nachfolgend für das Angebots- und Verhandlungsverfahren vorgesehenen Unterlagen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

I. Indikative Erstangebote

1. Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Erstangebots

Der Auftraggeber wird nach Abschluss der Eignungsprüfung über das Vergabeportal DTVP – Deutsches Vergabeportal die geeigneten Bieter gesondert zur Abgabe eines indikativen Erstangebots auffordern.

(Der Entwurf dieser Aufforderung ist als **Anlage Do1** den Vergabeunterlagen bereits beigelegt und dient zunächst nur zur Unterrichtung der Teilnehmer.)

2. Änderungsvorschläge

Im Rahmen der indikativen Erstangebote erhalten die Bieter die Gelegenheit, Änderungsvorschläge in Bezug auf den Vertrag sowie diesem zugrundeliegende Leistungen einzubringen.

Der beigelegte Vertrag stellt die Grundlage für die Erstangebote und die daran anschließenden Verhandlungen dar. Das Erstangebot hat somit auf Grundlage des beigelegten Vertrages zu erfolgen.

Die Änderungsvorschläge sollen in das Formblatt Änderungsvorschläge (**Anlage Do4**) eingetragen werden.

Das nachfolgende Verhandlungsverfahren kann in der Folge der Vorschläge zu Änderungen am Inhalt und Umfang der Leistung führen, etwa aus technischen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen. Nach den Verhandlungen kann der öffentliche Auftraggeber Mindestanforderungen an das endgültige Angebot festlegen. Der Auftraggeber wird den Bietern etwaige

Änderungen rechtzeitig und diskriminierungsfrei mitteilen. Es besteht kein Anspruch auf Änderungen und kein Anspruch auf Aufnahme der Änderung in den Vertrag und dessen Anlagen.

Es ist jedoch Sinn und Zweck des Verhandlungsverfahrens, den Vertrag dem Wettbewerb zu unterstellen und Änderungsvorschläge mit dem Angebot zuzulassen. Nach den Verhandlungen kann der Auftraggeber ggf. Mindestanforderungen an das endgültige Angebot festlegen.

3. Nachunternehmer

Beabsichtigt der Bieter, sich eines Nachunternehmers zu bedienen, sind diejenigen (Teil-) Leistungen, die durch den Nachunternehmer erbracht werden sollen, zu benennen und die beabsichtigten Nachunternehmer gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber anzugeben (**Anlage Do5**). Ferner muss der Bieter nachweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel dieses Nachunternehmer zur Verfügung stehen (**Anlage Do6**).

Wird der Einsatz eines Nachunternehmers beabsichtigt sind zusätzlich mit dem Angebot die **Anlagen Do5o und Do6** sowie **Anlage Co5, Anlage Co6** und **Anlage C11** des Nachunternehmers einzureichen.

4. Öffnung der Erstangebote

Die Öffnung der Erstangebote findet ohne die Bieter statt.

5. Formale Prüfung der Erstangebote

Nach Eingang der Erstangebote überprüft der öffentliche Auftraggeber die Vollständigkeit aller Erstangebote.

6. Einladung zur Angebotspräsentation und zur Ersten Verhandlungsrunde

Nach der formellen Prüfung werden alle Bieter mit einem vollständigen Erstangebot zur (nicht wertbaren) Angebotspräsentation und zur Ersten Verhandlungsrunde eingeladen. Der öffentliche Auftraggeber wird die Bieter über den Verfahrensablauf mit der Einladung zu der Angebotspräsentation und zur Ersten Verhandlungsrunde informieren. Nach derzeitigem Stand ist eine Verhandlungsrunde in KW 38/39 (16. – 25.09.2026) geplant. Je nach Verfahrensverlauf ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass weitere Verhandlungsrunden durchgeführt werden.

Der öffentliche Auftraggeber verhandelt mit den Bietern über die von ihnen eingereichten Erstangebote mit dem Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Dabei darf über den gesamten Angebotsinhalt verhandelt werden mit Ausnahme der festgelegten Mindestanforderungen an das (Erst-)Angebot, den Eignungskriterien (**Anlage Bo1**) und den Zuschlagskriterien (**Anlage Bo2**). Der öffentliche Auftraggeber wird die Bieter in jedem Stand des Verfahrens in Textform nach § 126b BGB über das Ergebnis einer Verhandlung, wenn diese eine Änderung der

Ausschreibung ergibt, informieren, um die Möglichkeit zu gewähren, das eigene Angebot anzupassen.

7. Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

8. Bindefrist der Erstantgebote

Die Bindefrist für die Erstantgebote beträgt **4 Monate**.

II. Endgültiges verbindliches Angebot

1. Aufforderung zur Einreichung endgültiger Angebote

Beabsichtigt der öffentliche Auftraggeber, die Verhandlungen abzuschließen, so unterrichtet er die verbleibenden Bieter und fordert sie zur Einreichung neuer oder überarbeiteter endgültiger verbindlicher Angebote – ggf. unter Fortschreibung und Überarbeitung der Ausschreibungsunterlagen – auf. Der öffentliche Auftraggeber wird über das Vergabeportal DTVP zur Abgabe eines endgültigen verbindlichen Angebots auffordern.

2. Form und Frist für die Einreichung der endgültigen (verbindlichen) Angebote

Der öffentliche Auftraggeber legt eine einheitliche Frist für die Einreichung neuer oder überarbeiteter Angebote fest und teilt diese den Bietern mit der Angebotsaufforderung mit.

3. Öffnung der endgültigen Angebote

Die Öffnung der endgültigen Angebote findet ohne die Bieter statt.

4. Formelle Prüfung der endgültigen verbindlichen Angebote

Nach Eingang der endgültigen verbindlichen Angebote überprüft der öffentliche Auftraggeber diese auf Vollständigkeit, fachliche Richtigkeit, zudem auf rechnerische Richtigkeit.

5. Teilwertung der endgültigen verbindlichen Angebote

Die Angebote werden anhand der in den **Anlage B02** dargestellten und erläuterten Zuschlagskriterien durch den öffentlichen Auftraggeber bewertet.

Auf dieser Grundlage wird eine Reihung der Angebote erstellt und das wirtschaftlichste Angebot ermittelt.

6. Bindefrist der endgültigen verbindlichen Angebote

Die Bindefrist für die endgültigen Angebote beträgt **4 Monate**.

7. Informationsschreiben und Zuschlagserteilung

Nach Prüfung und Wertung der verbindlichen Angebote wird der öffentliche Auftraggeber, die nicht berücksichtigten Bieter gem. § 134 GWB über die geplante Zuschlagserteilung auf das wirtschaftlichste Angebot informieren. Nach Ablauf einer Stillhaltefrist von zehn Kalendertagen wird der öffentliche Auftraggeber den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot erteilen.

F. Weitere Allgemeine Verfahrensinformationen

I. Eignungs- und Zuschlagskriterien

Der öffentliche Auftraggeber vergewissert sich in jeder Stufe des Verfahrens, dass die Teilnahmeanträge und Angebote den Eignungskriterien entsprechen, die sich aus der **Anlage Bo1** ergeben.

Der Zuschlag wird auf das Angebot mit der höchsten Wertungspunktesumme erteilt (wirtschaftlichstes Angebot). Die Zuschlagskriterien ergeben sich aus **Anlage Bo2**. Es werden preisliche wie auch qualitative Zuschlagskriterien verwandt.

II. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen, Auskünfte, Bieterfragen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers/Bieters Unklarheiten oder Widersprüche, so hat er den Auftraggeber unverzüglich über die **Bieterkommunikation** des Vergabeportals [DTVP – Deutsches Vergabeportal](#) darauf hinzuweisen.

Sämtliche Fragen zu dem Vergabeverfahren und den Vergabeunterlagen – sowohl vergaberechtlicher, kaufmännischer als auch technischer Art – müssen über die **Bieterkommunikation** des Vergabeportals [DTVP – Deutsches Vergabeportal](#) an die ausschreibende Stelle gerichtet werden. Es werden keine telefonischen Auskünfte zu Bieterfragen gegeben.

Bewerber-/Bieterfragen sind so rechtzeitig (spätestens jedoch 9 Kalendertage vor Ablauf der Bewerbungs- bzw. Angebotsfrist) zu stellen, sodass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens 6 Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als 6 Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten (ggf. ohne Fristverlängerung).

Bieterfragen werden für alle Bewerber/Bieter einheitlich beantwortet. Sofern aus der Formulierung einer Frage Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse erkennbar sind, bitten wir um eine gesonderte Kennzeichnung. Ohne eine entsprechende Kennzeichnung wird der Inhalt einer Rückfrage allen am Verfahren beteiligten Bewerbern/Bietern über die Bieterkommunikation des Vergabeportals [DTVP – Deutsches Vergabeportal](#) zur Kenntnis gebracht.

Enthalten die Vergabeunterlagen, einschließlich der Leistungsbeschreibung, nach Auffassung der Bewerber/Bieter **Unklarheiten oder Widersprüche**, haben sie die Verfahrensleitende Stelle vor Angebotsabgabe **unverzüglich** über die Bieterkommunikation des Vergabeportals [DTVP – Deutsches Vergabeportal](#) darüber zu informieren. Eine nachträgliche Geltendmachung (nach Abgabe der Angebote) von derartigen Unklarheiten oder Widersprüchen ist ausgeschlossen.

Der Auftraggeber haftet nicht für die Vollständigkeit der übergebenen Ausschreibungsunterlagen.

III. Nachprüfung des Vergabeverfahrens

Die Bieter können sich zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen vergaberechtliche Vorschriften an die

Regierung von Oberbayern-Vergabekammer Südbayern
Maximilianstraße 39
80538 München
Telefon +49 892176-2411
Telefax +49 892176-2847
vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

wenden.

Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein, § 160 Abs. 1 GWB. Der Antrag ist unter anderem dann unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen die Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 10 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Auch ist der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Auf die weiteren Vorschriften der §§ 160 ff. GWB wird hingewiesen.

TEIL 3 CHECKLISTE EINZUREICHENDER UNTERLAGEN

Im Rahmen des Teilnahmeverfahrens sind bis zum Ablauf der **Teilnahmefrist** folgende Unterlagen einzureichen:

- ▶ **(Anlage Co1)** Vorblatt zum Teilnahmeantrag
- ▶ **(Anlage Co5)** Formblatt Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusstatbeständen
- ▶ **(Anlage Co6)** Formblatt Eigenerklärung Einhaltung EU-Sanktionen ggü. Russland
- ▶ **(Anlage Co7)** Formblatt Eigenerklärung Umsätze
- ▶ **(Anlage Co8)** Formblatt Eigenerklärung Versicherungsschutz
- ▶ **(Anlage Co9)** Formblatt Eigenerklärung Referenzen
- ▶ **(Anlage C10)** Formblatt Eigenerklärung Personalausstattung
- ▶ **(Anlage C11)** Formblatt Eigenerklärung MILOG KÖB

Im Falle des Einsatzes einer **Bewerber-/Bietergemeinschaft** sind zusätzlich folgende Unterlagen einzureichen:

- ▶ **(Anlage Co2)** Formblatt Bewerber-/Bietergemeinschaftserklärung
- ▶ **(Anlage Co2a)** Allgemeine Angaben zu den Mitgliedern der Bietergemeinschaft
- ▶ **(Anlage Co5)** Formblatt Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusstatbeständen des jeweiligen Mitglieds
- ▶ **(Anlage Co6)** Formblatt Eigenerklärung Einhaltung EU-Sanktionen ggü. Russland des jeweiligen Mitglieds
- ▶ **(Anlage Co7)** Formblatt Eigenerklärung Umsätze des jeweiligen Mitglieds
- ▶ **(Anlage Co8)** Formblatt Eigenerklärung Versicherungsschutz des jeweiligen Mitglieds
- ▶ **(Anlage Co9)** Formblatt Eigenerklärung Referenzen des jeweiligen Mitglieds
- ▶ **(Anlage C10)** Formblatt Eigenerklärung Personalausstattung des jeweiligen Mitglieds
- ▶ **(Anlage C11)** Formblatt Eigenerklärung MILOG KÖB des jeweiligen Mitglieds

Im Falle des Einsatzes der **Eignungsleihe** sind zusätzlich folgende Unterlagen abzugeben:

- ▶ **(Anlage Co3)** Formblatt Nachunternehmer / Eignungsleihe
- ▶ **(Anlage Co4)** Formblatt Verpflichtungserklärung Eignungsleihe
- ▶ **(Anlage Co5)** Formblatt Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusstatbeständen des Eignungsleihers
- ▶ **(Anlage Co6)** Formblatt Eigenerklärung Einhaltung EU-Sanktionen ggü. Russland des Eignungsleihers
- ▶ **Anlage C11)** Formblatt Eigenerklärung MILOG KÖB des Eignungsleihers
- ▶ Auftragspezifische Einzelnachweise

Wird die Eignung im Bereich der beruflichen Leistungsfähigkeit oder der beruflichen Erfahrung gegeben, so hat der Eignungsleiher die betreffende Leistung auch als Nachunternehmer zu erbringen.